

im Anhang zeigen, ließen sich lediglich beim kleinsten Teil der Abgeordneten Daten zur Mitgliedschaft in Jugendorganisationen finden, zumeist nur dann, wenn sie selbst an der Gründung selbiger beteiligt waren.

Erschwerend hinzu kommt die oft sehr große Diskrepanz an zur Verfügung stehenden Daten zu einzelnen Abgeordneten. Einige der analysierten Parlamentsmitglieder waren (sei es persönlich oder durch die Partei, der sie angehören) sehr bemüht, möglichst viele Informationen zu ihrem persönlichen und politischen Werdegang zur Verfügung zu stellen, so dass die Datenerhebung vergleichsweise leicht fiel. Andere hatten veraltete, teils gar nicht mehr aktive Webseiten oder die Biographie enthielt kaum Daten. Im Hinblick auf die Analyse über Verbleib und die Tätigkeit nach dem Parlamentsaustritt stellte dies das größte Hindernis dar. Um mehr Informationen zu finden, wurden deshalb neben den offiziellen Webseiten der Politiker auch die Seiten der Parteien auf verschiedenen Ebenen, aber auch Medienberichte und Wikipedia-Einträge²⁰ hinzugezogen.

Ein ebenfalls nicht unerhebliches Problem bei der Datenerhebung sind die sprachlichen Barrieren. Einige Abgeordnete stellten ihre Webseiten lediglich in der Sprache zur Verfügung, die in ihrem Wahlkreis hauptsächlich gesprochen wird.

2. Parteien und Rekrutierung

In diesem Kapitel wird der Frage nachgegangen, welche Muster die Rekrutierung der derzeitigen Vertreter der Bundesversammlung aufweist. Die Überlegung dazu ist, Rekrutierungswege anhand ausgewählter Parteien zu untersuchen.

Zunächst wird im Punkt 2.1 das Schweizer Parteiensystem und seine Besonderheiten vorgestellt. Das anschließende Herausgreifen der fünf größten Parteien, unter 2.2, soll Aufschluss über jeweilige Präferenzen der Parteien bei der Rekrutierung geben. Es wurden dazu Parteienprofile erstellt und die Vertreter dieser Parteien hinsichtlich Berufsgruppe, vorherigem außerparlamentarischen Engagements und vorheriger politischer Tätigkeit untersucht. Die Ergebnisse dieser Recherche werden im Punkt 2.3 zusammengetragen.²¹

²⁰ Hierbei darf man von einer relativ großen Zuverlässigkeit der Daten ausgehen, da die Wikipedia-Artikel meistens von den Abgeordneten selber oder ihren Mitarbeitern zwecks Außendarstellung redigiert wurden.

²¹ Die Datenbasis ist im Anhang in den Tabellen 1 und 3 gegeben.

2.1 Das Schweizer Parteiensystem allgemein

Das Parteiensystem der Schweiz ist ein Vielparteiensystem und daher stark fragmentiert.²² Gekennzeichnet ist das System durch eine hohe Anzahl an Parteien mit teils geringem Stimmanteil. Die Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse der Wahlen 2007 und 2011 und verdeutlicht damit die hohe Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien.

Tabelle 1: Wahlergebnisse in Prozent und Anzahl an Mandaten nach Parteien (Nationalrat, Werte gerundet).

Partei	2007	2011
Schweizerische Volkspartei (SVP)	29 (62)	27 (54)
Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS)	20 (43)	19 (46)
FDP. Die Liberalen (FDP)	18 (35)	15 (30)
Christlich-demokratische Volkspartei (CVP)	15 (31)	12 (28)
Grüne Partei der Schweiz (GPS)	10 (20)	8 (15)
Grünliberale Partei Schweiz (GLP)	1 (3)	5 (12)
Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz (BDP)	- (-)	5 (9)
Evangelische Volkspartei (EVP)	2 (2)	2 (2)
Eidgenössische Demokratische Union (EDU)	1 (1)	1 (-)
Lega die Ticinesi (LdT)	1 (1)	1 (2)
Partei der Arbeit der Schweiz (PdA)	1 (1)	0,5 (-)
Mouvement Citoyens Genevois (MCR-MCG)	0,1 (-)	0,4 (1)
Christlich-Soziale Partei Obwalden (CSP)	- (-)	0,4 (1)
Christlich-Soziale Partei (CSP)	0,4 (1)	0,2 (-)

Quelle: Nordsieck (2012); eigene Darstellung.

Die vielen verschiedenen Parteien lassen auf die soziale und kulturelle Heterogenität der Schweiz schließen²³: Die Schweiz ist geprägt durch vier Sprachengruppen, zwei große Konfessionen²⁴ und „durch den Lebensraum bedingte Unterschiede“²⁵.

²² Vgl.: Ladner (2005), S. 8.

²³ Vgl.: ebd., S. 1.

²⁴ Trotz Multikonfessionalität (z. B. durch Einwanderer aus muslimischen Ländern) und Entkonfessionalisierung ist die Schweiz weiterhin geprägt durch die Bikonfessionalität (vgl.: Neidhart (2002), S. 110).

²⁵ Ebd.

Ebenso sind die Einzelparteien durchaus heterogen und vereinen verschiedenste Interessen. Beispiel für die parteiinterne Heterogenität ist die SVP. 2008 kam es aufgrund von internen Entwicklungen zur Abspaltung der BDP.²⁶ Aber auch Abbildung 1 verdeutlicht, dass innerhalb einer Partei im Links-Rechts-Spektrum unterschiedliche Positionen vertreten werden.

Ein weiterer Grund für die Vielzahl an Parteien in der Bundesversammlung ist das Proporzwahlssystem (1918 eingeführt). Dies führt tendenziell zur Entstehung eines Mehrparteiensystems, da die Zugangschance für kleine Parteien erhöht wird.²⁷ Es besteht die Möglichkeit, dass Parteien, die sich inhaltlich nahestehen, ihre Listen verbinden und dann bei der Verteilung der Mandate wie eine Liste behandelt werden.²⁸ Sie können somit einen höheren Stimmanteil erreichen. Als weiteren Grund für die hohe Anzahl an verschiedensten Parteien ist der Föderalismus: In Kantonen und Gemeinden haben sich je nach lokalen Gegebenheiten Parteien und eigenständige Parteiensysteme entwickelt.²⁹

Stellung der Parteien

Parteien haben in der Schweiz eine relativ schwache Stellung. Das ist vor allem auf die zunächst fehlende Anerkennung der Parteien in der Verfassung zurückzuführen.³⁰ Erst mit der revidierten Verfassung vom 18. April 1999 wird auf die Rolle von Parteien im politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess verwiesen.³¹ Ein Parteiengesetz gibt es jedoch nicht. Parteien sind Organisationen des privaten Vereinsrechts.³² „Parteien müssen als Milizorganisationen [...] vom unentgeltlichen Engagement ihrer Mitglieder und den Zuwendungen von Sympathisanten leben“³³. Vom Bund erfolgt eine Finanzierung in Form der Beiträge an die Parlamentsfraktionen, zudem sind Mandatsträger von ihren Parteien dazu verpflichtet, Abgaben in unterschiedlicher Höhe an die Fraktionen abzuführen. Der Anteil von Spenden, Fraktionsbeiträgen und Mandatsabgaben variiert von Partei zu Partei drastisch: Während bei SVP und SPS die Mitgliederbeiträge (aufgrund hoher Mitgliederzahlen) einen großen Anteil ausmachen, machen bei den kleineren Parteien die Fraktionsbeiträge einen größeren Anteil am Budget der Bundespartei bzw. der Fraktionen aus.³⁴

Funktion von Parteien

²⁶ Vgl.: BDP (o. D.).

²⁷ Vgl.: Ladner (2002), S. 216.

²⁸ Vgl.: Bundesgesetz über die politischen Rechte, Art. 42.

²⁹ Vgl.: Ladner (2002), S. 216.

³⁰ Vgl.: Ladner (2005), S. 1.

³¹ Vgl.: ebd.

³² Vgl.: Linder (1999), S. 82.

³³ Ebd.

³⁴ Vgl.: Ladner (1999), S. 18ff.

Parteien in der Schweiz haben nicht nur die typische Repräsentationsfunktion, sondern dienen auch der Artikulation, der Mobilisierung und dem Transfer.³⁵ Sie dienen als „intermediäres System“, das für den Transfer von Input aus der Gesellschaft, vor allem von ihren Wählern (z. B. Interessen, Ideen, Problemstellungen und -lösungen), in die staatlichen Organe verantwortlich ist. Auch am Output in Form von Entscheidungen und Regelungen sind die Parteien beteiligt. Aufgrund der direkten Demokratie müssen Parteien in der Schweiz in der Lage sein, Mechanismen wie Initiativen und Referenden entsprechend einsetzen zu können: Hier spielt vor allem die Mobilisierung eine große Rolle – die Wähler müssen überzeugt werden, an der Abstimmung teilzunehmen.³⁶

Nicht zu vergessen ist die Funktion der Parteien, politisches Personal zu rekrutieren: „über die Auslese ihrer Kandidatinnen und Kandidaten [organisieren sie] den Wettbewerb der politischen Wahl mit“³⁷.

2.2 Parteienprofile und Rekrutierung

Als nächstes werden die Rekrutierungskanäle und die Unterschiede zwischen den fünf größten Parteien (SVP, SPS, FDP, CVP und GPS) untersucht³⁸. Die Parteiprofile und die derzeitigen Vertreter des Nationalrates sollen hierüber Aufschluss geben. Ebenso wird auf die Vertreter des Ständerates und deren eventuelle Mitgliedschaft im Nationalrat eingegangen. Abbildung 1 gibt einen ersten Einblick in die Orientierung der Parteien. Dadurch lassen sich die jeweiligen Profile untermauern.

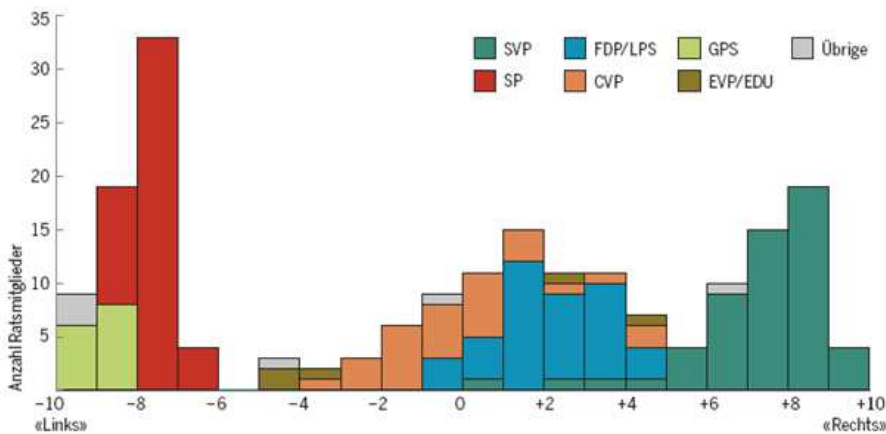
³⁵ Vgl.: Neidhart (2002), S. 297 sowie Linder (1999), S. 79.

³⁶ Vgl.: Neidhart (2002), S. 297.

³⁷ Linder (1999), S. 79.

³⁸ Die folgenden Angaben (unter 2.2) basieren auf der im Anhang gegebenen Excel-Tabelle Nationalrat. Die darin enthaltenen Daten wurden von den Daten unter <http://parlament.ch/D/WAHLEN-ABSTIMMUNGEN/PARLAMENTSWAHLEN/WAHLEN-2011/Seiten/default.aspx> bezogen (letzter Zugriff: 12.05.2012).

Abbildung 1: Die Fraktionen auf der Links-Rechts-Achse in der Schweiz (Legislaturperiode: 2007-2011)



Quelle: Hermann (2007).

Die SVP, als stärkste Partei, ist die Interessenvertretung des Bauernstands sowie des selbstständigen Gewerbes und bürgerlichen Mittelstandes, vorwiegend in den protestantischen Kantonen.³⁹ Die Partei hat sich als die Volkspartei schlechthin entwickelt: Mit Themen zur Landesverteidigung und Anti-Europa-Haltung sowie Abneigung gegen Staat und Steuern bedient die Partei ein sehr heterogenes Klientel⁴⁰: Bauern, Handwerker, empfundene Globalisierungsverlierer, aber auch erfolgreiche Vertreter aus der Wirtschaft wählen die SVP. Diese Zusammenstellung zeigt sich auch in den Nationalratsvertretern:

Tabelle 2: Berufsverteilung bei der SVP.

Berufsgruppe/ Bereich	Vertreten in Prozent (gerundet)
Unternehmer	30
Agrar	19
Jurist	17
Manager, Berater (Wirtschaft)	11
Handwerker	6
Pädagoge	6
Polizist	4
Angestellte (Gemeinde)	4
Sonstige (Journalist, Ökonom, Arzt)	6

Quelle: Tabelle 4 (siehe Anhang), eigene Darstellung.

³⁹ Vgl.: Linder (2009), S. 587.

⁴⁰ Vgl.: Hartleb (2011), S. 27.

Bei der Rekrutierung fällt auf, dass sehr viele verschiedene Berufsgruppen vertreten sind. Die SVP wird ihrem Namen der Volkspartei zumindest bezüglich der Rekrutierung somit gerecht. Die Vertreter der SVP im Nationalrat sind in Vereinen und Verbänden entsprechend ihrer beruflichen Tätigkeit aktiv und vor der Wahl in die Bundesversammlung auf kantonaler Ebene politisch aktiv. Eine wichtige Rolle spielt der Militärdienst. Viele SVP-Nationalräte haben einen hohen militärischen Grad⁴¹. Diese Beobachtung deckt sich mit dem Schwerpunkt, den die Partei auf Landesverteidigung legt. Patriotismus spielt eine große Rolle und entspricht der Einordnung der SVP im rechten Außenbereich des Links-Rechts-Spektrums (siehe Abbildung 1).

Bei der SPS setzt sich für die Interessen der Arbeitnehmerschaft ein, wobei eng mit den Gewerkschaften zusammengearbeitet wird.⁴² Wähler sind aber nicht nur Arbeiter, sondern neue Professionelle, Frauen, Dienstleister der öffentlichen Hand und generell die städtische Bevölkerung.⁴³ Die Partei fordert eine Anpassung des Sozialstaates an die Veränderungen der Gesellschaft, um soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft zu gewährleisten und einer Zwei-Klassen-Gesellschaft entgegenzuwirken.⁴⁴ Dementsprechend befinden sich die Sozialdemokraten im linken Bereich des Links-Rechts-Spektrums (siehe Abbildung 1).

Tabelle 3: Berufsverteilung bei der SPS.

Berufsgruppe/ Bereich	Vertreten in Prozent (gerundet)
Pädagoge/Sozialarbeiter	24
Unternehmer	16
Jurist	16
Wissenschaftler/ Berater (Politik, Wirtschaft)	7
Gewerkschaft (Gewerkschaftssekretär,	9
Arzt	7
Andere (Anstellungen Gemeinde, Stadt)Ökonom	21

Quelle: Tabelle 4 (siehe Anhang), eigene Darstellung.

⁴¹ Von den 48 männlichen SVP-Nationalräten geben 33 einen militärischen Grad an (reicht von Soldat, Gefreiter, bis Hauptmann und Oberleutnant und Major) siehe Anhang Tabelle 5.

⁴² Vgl.: Linder (2009), S. 587.

⁴³ Vgl.: ebd.

⁴⁴ Vgl.: SPS (o.D.).

Bei der SPS werden bevorzugt Kandidaten aus dem Bereich Soziales rekrutiert – Beschäftigte aus Bildung und Jugendarbeit. Die Nationalräte der SPS haben teils leitende Positionen in Gewerkschaften und Verbänden (Schutz von Arbeitnehmer, Umwelt, Verkehr) inne. Sie sind zudem schon lange in der Partei aktiv, meist auf Kantonalebene. Parteierfahrung scheint auch bei der SPS von Vorteil. Bei den Vertretern des Ständerates fällt auf, dass 9 der insgesamt 11 Ständeräte (somit 82%) zuvor als Mitglied des Nationalrates tätig gewesen sind (vgl. Anhang Tabelle 2). Für das Amt als Ständerat scheint Erfahrung im Nationalrat ein wichtiges Kriterium.

Die FDP vertritt die Interessen von Industrie, Banken sowie Gewerbe. Persönliche Freiheitsrechte, wie das Recht auf Privateigentum und unternehmerische Freiheit, spielen dabei eine große Rolle.⁴⁵

Tabelle 4: Berufsverteilung bei der FDP.

Berufsgruppe/ Bereich	Vertreten in Prozent (gerundet)
Juristen	30
Unternehmer	23
Agrar/Ingenieurwesen	13
Berater (Wirtschaft, PR)	7
Angestellte Kommune/Kanton	7
Andere (Arzt, Generalsekretär, Ökonom etc.)	20

Quelle: Tabelle 4 (siehe Anhang), eigene Darstellung.

Bei der FDP ist der berufliche Hintergrund eines Juristen bzw. Unternehmers typisch. Wichtig für die Aufstellung zum Nationalrat ist eine Parteierfahrung geprägt durch hohe Verantwortung – leitende Positionen auf Kantons- aber auch Bundesebene. Ein FDP-Nationalrat ist aktiv in Wirtschaftsverbänden, aber auch in den Bereichen Immobilien und Versicherung. Leitende Positionen sind für das Nationalratsamt wichtig. Jedoch fällt auf, dass die FDP, die ebenso wie die SPS über 11 Ständeratsmandate verfügt, eine vorherige Nationalratsmitgliedschaft nicht als Grund zur Aufstellung zum Ständerat zu sehen scheint. Nur vier der 11 Vertreter waren zuvor Nationalratsmitglieder (vgl. Anhang Tabelle 2).

⁴⁵ Vgl.: Linder (2009), S. 587.

Wie die SVP kann auch die CVP als Volkspartei bezeichnet werden. Parteivertreter und Wählerschaft verlaufen „quer durch alle sozialen Schichten“⁴⁶. Tabelle 5 verdeutlicht die soziale und berufliche Heterogenität der CVP-Nationalräte. Im Unterschied zur SVP, war die CVP ursprünglich „in den katholischen Kantonen [...] lange Zeit die absolut dominante Partei“⁴⁷. Noch immer ist die Partei in ländlichen (katholisch-konfessionell) geprägten Kantonen erfolgreich⁴⁸, hat aber Wähler an andere Parteien, wie an die GPS, verloren und in den konfessionell gemischten Gebieten ist es die SVP, die Stimmzugewinne für sich verzeichnet.⁴⁹ Einen wichtigen Unterschied zur SVP macht die Einordnung in das Parteienspektrum in Abbildung 1 deutlich: Die CVP versteht sich als eine Partei der Mitte und wird auch so eingeordnet, allerdings hat sie entsprechend ihrer Zusammensetzung und Wählerschaft ein sehr heterogenes Programm, das soziale und wirtschaftsliberale, genauso wie konservative Elemente zugleich enthält.

Tabelle 5: Berufsverteilung bei der CVP.

Berufsgruppe/ Bereich	Vertreten in Prozent (gerundet)
Unternehmer/ leitende Position	20
Agrar	18
Jurist	18
Handwerker	4
Pädagoge	11
Journalist/Schriftsteller	11
Sonstige (Arzt, Kauffrau Braumeister)	11
Naturwissenschaftler	7

Quelle: Tabelle 4 (siehe Anhang), eigene Darstellung.

Bei der Rekrutierung wird klar, dass viele verschiedene Berufsgruppen vertreten sind, wobei Juristen und Agrarfachleute zusammen mit Unternehmern die Mehrheit bilden. Alle Nationalräte sind in Vereinen und Verbänden entsprechend ihrer beruflichen Tätigkeit aktiv und vor der Wahl zum Nationalrat auf kantonaler Ebene politisch tätig. Der Militärdienst scheint im Gegensatz zur SVP eine geringere Rolle zu spielen. Bei der CVP liegt die Beteiligung an einer Militärlaufbahn bei 46% und damit unter den Angaben der SVP (61%) und FDP-Nationalräte (57%).

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Ladner (2005), S. 8.

⁴⁸ Vgl.: Linder (2009), S. 587.

⁴⁹ Vgl.: Ladner (2005), S. 574.

Die GPS setzt in ihrem Programm auf qualitatives (nachhaltiges) Wachstum der Wirtschaft, bei dem die Umwelt geschont wird und nicht zulasten der sog. Dritten Welt erfolgt. Die Partei setzt sich für dezentrale Strukturen, Abrüstung, den Ausbau direkter Demokratie und der Gleichstellung von Mann und Frau ein.⁵⁰ Im Parteienspektrum lässt sich die GPS am linken Rand einordnen und hat sich „zur größten Nicht-Regierungspartei entwickelt“⁵¹.

Tabelle 6: Berufsverteilung bei der GPS.

Berufsgruppe/ Bereich	Vertreten in Prozent (gerundet)
Berater (Familie, Umwelt)	20
Wissenschaftler (Natur, Physik, Geschichte)	20
Gewerkschaft (Gewerkschaftssekretär,	13
Jurist	13
Sozialarbeiter/Kulturvermittler	13
Andere (Agrar, Arzt etc.)	20

Quelle: Tabelle 4 (siehe Anhang), eigene Darstellung.

Rekrutiert wird bei der GPS bevorzugt aus den Bereichen Umweltschutz und Menschenrecht sowie Jugend und Bildung (beruflich oder sozial engagiert). Auch wie bei den anderen Parteien sind die Nationalräte zuvor auf Gemeinde- aber hauptsächlich kantonaler Ebene tätig gewesen. Der Dienst bei der Armee ist kein auffälliges Kriterium, eher im Gegenteil: Nur drei der 15 GPS-Abgeordneten haben den Grad eines Soldaten/Gefreiten angegeben (vgl. Anhang Tabelle 5).

2.3 Fazit zu Parteien und Rekrutierung

Es kann festgehalten werden, dass Nationalrat-Kandidaten dem Profil der Partei entsprechen. Bei allen Parteien war ein politisches Engagement auf Gemeinde- und Kantonsebene auffällig. Bei den 46 Mitgliedern des Ständerates sind gleiche Merkmale zu beobachten. Als Quereinsteiger allgemein lassen sich nur sehr wenige Nationalräte eindeutig klassifizieren.

⁵⁰ Vgl.: Grüne Partei der Schweiz (2002).

⁵¹ Linder (2009), S. 588.

Knapp 40 Prozent der Vertreter im Ständerat sind zuvor im Nationalrat tätig gewesen. Bei der SPS scheint die Tätigkeit als Nationalrat aber ein sehr wichtiges Kriterium für ein Amt im Ständerat zu sein: 82 Prozent der SPS-Ständeräte waren zuvor im Nationalrat vertreten (vgl. Anhang Tabelle 2). Überraschend ist, dass wenig über die vorherige Mitgliedschaft in der entsprechenden Jungpartei ausgesagt wird. Grund könnte sein, dass die Jungparteien eigenständige Organisationen sind. Auffällig war auch, dass sich die Jungpolitiker sehr scharf von der Mutterpartei abgrenzen. So war auf der Internetseite der JSVP zu lesen, dass man „durchaus frecher und aggressiver als die Mutterpartei [aufträte]“.⁵² Die Jungpartei der SVP ist auch die einzige, die Aussagen zur Mitgliedschaft in der Mutterpartei macht und spricht von 90 Prozent Übertritten.⁵³ Die jetzigen SVP-Nationalräte jedoch machen kaum Angaben zu einer vorherigen JSVP-Mitgliedschaft.

3. Verbleib ehemaliger Mandatsträger

Nachdem im vorherigen Kapitel die Frage behandelt wurde, ob es typische Rekrutierungswege für Abgeordnete gibt und ob bzw. wie sich diese nach Parteien unterscheiden, geht es im Anschluss darum festzustellen, was mit Abgeordneten passiert, nachdem sie ihr Mandat niedergelegt haben.

In erster Linie war das Ziel herauszufinden, ob es typische Verhaltensmuster gibt, die sich bereits bei der Erhebung und Analyse von Daten ausgeschiedener Abgeordneter der Legislaturperiode 2007-2011 abzeichnen. Das Vorgehen wird unter 3.1 genauer beleuchtet.

Für die Recherche wurden durchschnittlich 15 min. investiert. Trotzdem blieb die Tabelle, in der die Ergebnisse zusammengetragen wurden, so lückenhaft, dass die Datenlage keine Schlussfolgerungen erlaubte. Aus diesem Grund findet unter 3.2 eine Methodendiskussion statt. Darüber hinaus wird unter Punkt 3.3 untersucht, ob es in der Schweiz formelle Strukturen gibt, von denen ehemalige Mandatsträger aufgefangen werden, wobei das Augenmerk auf den Staat und die Parteien gerichtet wird. In diesem Zusammenhang steht vor allem die ökonomische Versorgung nach dem Austritt im Fokus.

3.1 Vorgehen und Auswertung der Daten

Erster Ansatzpunkt für die Untersuchung des Verbleibs ehemaliger Abgeordneter war die Zu- und Abgangsbilanz des Stände- und Nationalrates. Insgesamt gab es 81 Zu- und Abgänge. Im nächsten

⁵² JSVP (o. D.).

⁵³ Vgl.: ebd.